**Allgemeine Zeitung, Ausgabe Kreis Bingen. Neuer Mainzer Anzeiger. Samstag, 17. Mai 1947.**

**KP. Bauer und Bäuerin!**

**Was wollen die Kommunisten?**

1. Eine demokratische Bodenreform, die als Ziel die wirtschaftliche und politische Entmachtung der Großagrarier hat.
2. Enteignet und verurteilt und landarme Bauern, Bauernsöhne, Landarbeiter und Neubürger sollen aller Grundbesitz über 100 ha werden.
3. Ebenfalls soll enteignet werden aller Grundbesitz Komma der Industriegruppen oder Kapitalisten gehört und nur spekulativen Zwecken dient. Dieser Boden soll den bisherigen Pächtern übereignet werden. Enteignet werden soll auch der Grundbesitz der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten.
4. Die Enteignung soll entschädigungslos erfolgen, denn es ist für eine Neubauern untragbar, beim Beginn von Schulden gedrückt zu sein. Es bestünde sonst die Gefahr, daß beim Auftreten irgendwelcher Schwierigkeiten er aufs neue in die Abhängigkeit eines Spekulanten gerät und damit von Haus und Hof kommt.
5. Der zugewiesene Grundbesitz soll so groß sein, daß eine gesunde Bauernwirtschaft möglich ist. Er soll aber 15 Hektar nicht übersteigen. Nicht enteignet werden soll das Eigentum der Klöster und Kirchen, der Genossenschaften und der Forschungs-Institute. Antifaschistische Großgrundbesitzer sollen ein Restgut von 400 Morgen behalten.
6. Oedländereien müssen auf ihren evtl. Nutzungswert überprüft werden. Anbaufähiges, aber nicht genutztes Land soll einer erhöhten Besteuerung unterworfen werden. Dadurch kommt dieses Land unter Angebotszwang, und für viele Siedler wird die Grundlage einer Heimstätte und eine bessere Ernährungsgrundlage geschaffen.

Das ist ganz kurz gesagt das, was wir Kommunisten unter Bodenreform verstehen. Urteilt selbst, ob unsere Vorschläge bauernfeindlich sind. Die CDU behauptet das und sagt von sich, sie sei die Partei des Landvolks. Statt aber eine gesunde Bodenreform anzustreben, die den Großgrundbesitzern zu Leibe geht, die Bauern aber schützt, will die CDU eine „Reform“, die auch den Mittel- und Großbauern belastet.

Das wollen wir Kommunisten nicht. Die Höfe der Bauern sollen nicht kleiner werden, sondern nur der Großgrundbesitz über 100 Hektar Land muß zerschlagen werden, damit wir endlich von diesen Nichtstuern befreit sind.

In der Industrie vollzieht sich gegenwärtig ein gleicher Prozeß. Auch dort wird die Entmachtung der Großkapitalisten, die Enteignung der Kriegsverbrecher, die Auflösung des Trusts und Syndikate von der werktätigen Bevölkerung gefordert und in Angriff genommen. Ohne Zerschlagung dieser Machtgruppen gibt es in Deutschland keine wahre Demokratie und in der Welt keinen Frieden.

Gemeinsam mit den Werktätigen in der Stadt muß der Bauer die Garantien fr Frieden und Demokratie schaffen. Wenn auch du willst, daß die Erde endlich wieder in die Hände derer kommt, die sie Geiß und inbrünstig lieben und mit ihren eigenen Händen bearbeiten wollen, dann dürfte auch für dich die Entscheidung nicht schwer fallen, sie heißt Bodenreform!

**Wer aber kämpft dafür? Allein die Kommunisten! Deshalb gibt jeder Bauer und jede Bäuerin bei der Wahl seine Stimme der KPD!**

**Papier statt Brot!**

Das ist das Ergebnis von siebenmonatiger CDU-Mehrheit im Landtag Rheinland-Pfalz. Statt Ueberbrückung weltanschaulicher Differenzen bietet die CDU der Bevölkerung die Austragung religiöser Gegensätze, durch den Volksentscheid: Konfessionsschule oder Gemeinschaftsschule, an. Neuen Religionskrieg oder religiöse Duldsamkeit?

Statt Entmachtung der wahren Schuldigen am Unglück unseres Volkes, der kriegstreiberischen Monopolkapitalisten und Ausbeuter menschlicher Arbeitskraft, will die CDU den Schutz dieser „Arbeitgeber-Vereinigungen“!

Nicht das Volk, nicht landarme Bauern, nicht Vertriebene dieses Hitlerkrieges solchen entscheiden über die Bodenreform, sondern der nicht der Kontrolle des Volkes unterstehende Verfassungs-Gerichtshof!

Statt gleichbleibenden Mitbestimmung der Gewerkschaften und Betriebsräte bei allen sozialen und wirtschaftlichen Fragen, nur eine gemeinschaftliche Mitveranstaltung. Verantwortung ohne Rechte!

Nicht die Bodenschätze, nicht die nutzbaren Naturkräfte und die Grundstoff-Industrien sollen in die Hände des Volkes überführt werden, sondern der Staat soll das Eigentum, das groß-kapitalistische Eigentum, schützen, weil es ein Naturrecht ist, wie die CDU behauptet!

Nicht die demokratischen Kräfte sollen sich entfalten, sondern die politischen Minderheiten sollen durch 5%-Klauseln bei Wahlen unterdrückt werden!

Die Souveränität des Volkes als Ausdruck höchsten demokratischen Willens wird von der CDU zur Lastenträgerin herabgesetzt, das Volk zum Packesel der Staats-Bürokratie gemacht!

Keine Reform der Justiz an Haupt und Gliedern, dafür richterliche Gewalt und Unabsetzbarkeiten Richter auch bei politischen Entscheidungen!

Durch das Prinzip der unantastbaren Gewaltenteilung soll die demokratische Volkskontrolle am Staatsapparat verhindert werden!

Trotz bitterster Erfahrung aus der Vergangenheit wurde ein abgewandelter Paragraph 48 der Weimarer Verfassung für Notverordnungen in die neue Verfassung eingebaut!

Keine Teilnahme der Jugend am Aufbau der Demokratie infolge Heraufsetzung des Wahlalters auf 21 Jahre, der Wählbarkeit für 25 Jahre!

Keine völlige Gleichstellung der Frau mit dem Mann durch Aufhebung aller gesetzlichen Bestimmungen, die der Gleichberechtigung der Frau entgegenstehen!

Aber es wird noch etwas bewiesen: nämlich:

**Verfassungsfragen sind Machtfragen!**

Weil die schaffenden Menschen, die Werktätigen in Stadt und Land, heute mehr verlangen als papieren Gesetze, weil sie zuerst um die Grundlagen ihrer Existenz ringen müssen, ist es notwendig, daß neue fortschrittliche Männer und Frauen an die Führung gelangen und die Vertreter einer alten Zeit abtreten.

Wem es mit den Forderungen ernst ist, daß

**der Friede und die persönliche Freiheit gesichert,**

**die Einheit aller Schaffenden herbeigeführt,**

**das Mitbestimmungsrecht der Werktätigen errungen,**

**die Ueberführung der Bodenschätzen, der nutzbaren Naturkräfte und der Grundstoff-Industrien in die Hände des Volkes durchgeführt wird,**

wer sich zu dieser Erkenntnis durchgerungen hat, daß die Vormachtstellung der CDU im neuen Landtag Rheinland-Pfalz durch einen Ruck nach der äußersten Linken gebrochen werden muß, der wird am 18. Mai 1947 zur Verfassung

**NEIN**

Sagen und seine Stimme der Liste der Kommunistischen Partei geben.

**Denkt daran!**

**Ein „Nein“ dieser Verfassung!**

Wählt die Kandidaten der

**Kommunistischen Partei!**

===

Keine Entmachtung der Kriegsverbrecher.

Keine Bodenreform, keine Planwirtschaft zur Behebung der Ernährungskrise.

Kein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte.

Daher ein Nein dieser Verfassung.

===

**Jugend zur Verfassung!**

**Unsere Antwort an Dr. Boden**

Seit Wochen tobt nun der Kampf der Parteien um die Verfassung.

Wie steht nun die Jugend zu dieser Frage? In dieser Verfassung sind die Rechte der Jugend, der Kriegversehrten, der Opfer des Faschismus, der Rentner und Invaliden überhaupt nicht gesichert. Außerdem ist das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und der Gewerkschaften in keiner Weise gewährleistet.

Wir als junge Menschen sind der Meinung, daß wir im politischen Leben nicht abseits stehen wollen und können. Deshalb fordern wir, daß man vor allem die Rechte der Jugend mit einer Verfassung verankert.

Wir fordern das Recht der Mitbestimmung auf allen Gebieten Komma die uns angehen, so die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, wenn man hatte uns bereits mit 14 Jahren für waffenfähig erklärt. Nun fordern wir wenigstens das Wahlrecht.

Ferner lehnen wir die konfessionelle Spaltung in der Schule ab. Wir fordern die Bildungsmöglichkeiten für minderbemittelte junge Menschen. Wir fordern die Sicherung von Ernährung und Kleidung.

Am letzten Sonntag hatte die CDU eine Wahlversammlung in Mainz, in welcher der Ministerpräsident Dr. Boden zur Verfassung Stellung Nahm, das heißt, er gab keine eigentliche Erklärung ab, denn er ging stets wie die Katze um den heißen Brei herum. Man versuchte die Schulartikel in den Vordergrund zu schieben, um die Aufmerksamkeit von der eigentlichen Verfassung abzulenken.

Als die Versammlung zu Ende gingen, forderten 3 junge Menschen eine freie Diskussion, welche ihnen dreimal versagt wurde. Der eine wandte sich direkt an den Ministerpräsidenten, wurde aber von diesem hohnlächelnd abgewiesen. Als man die berechtigten Rufe der Jugend „Weshalb habt Ihr den Antrag der Kommunisten, daß kein Bürger von Rheinland-Pfalz zum Militärdienst gezwungen werden kann, abgelehnt?“ vernahm, brach ein Freudengeheul los. Daran erkannten wir den wahren Charakter dieser Partei.

Wir wundern uns nicht mehr darüber, daß der Beginn und das Ende der Versammlung mit Militärmusik umrahmt war.

Deutsche Jugend, gehe zur Wahlurne, gib Deine Stimme der Partei, die für Deine Ideale und Deine Rechte eintritt.

Die Kommunistische Parte tritt am konsequentesten für Frieden und Völkerverständigung ein.

Deshalb wähle KP, ein „Nein“ der Verfassung und den Schulartikeln.